INLAND

Koch-Mehrin tritt 2014 ab

Hamburg – Die FDP-Abgeordnete Silvana Koch-Mehrin will nicht mehr für das Europaparlament kandidieren. Sie werde 2014 nicht wieder antreten, sagte sie dem *Spiegel*. Sie fügte hinzu: „Ich war vorher anders beruflich tätig und kann mir auch für die Zeit nach 2014 interessante Tätigkeiten vorstellen.“ Koch-Mehrin war bei den vergangenen beiden Wahlen die Spitzenkandidatin ihrer Partei. Die Universität Heidelberg hatte Koch-Mehrin wegen Plagiatsverdacht im vergangenen Jahr den Doktortitel entzogen. Sie klagt gegen diese Entscheidung. DAPD

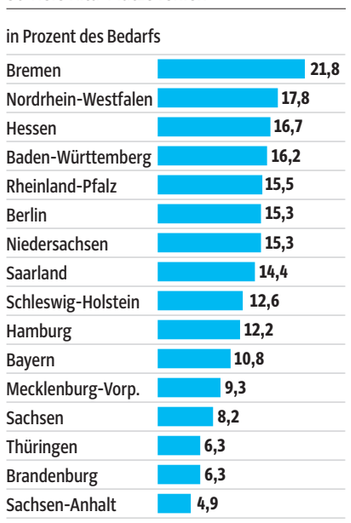
Freie Wähler wollen Werhahn

Wolfsburg – Die Freien Wähler wollen den Adenauer-Enkel Stephan Werhahn zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2013 aufstellen. Die Bundesmitgliederversammlung der Partei schlug nach eigenen Angaben am Wochenende in Wolfsburg den 59-jährigen Finanzexperten für diese Position vor. Den Antrag hatten die Landesvorsitzenden von sechs Landesvereinigungen eingereicht. Der Spitzenkandidat soll Anfang 2013 bei einer Mitgliederversammlung nominiert werden. Der in München lebende Werhahn war Anfang des Jahres aus Protest gegen Angela Merkels Euro-Rettungsschirmpolitik aus der CDU ausgetreten, die sein Großvater, Bundeskanzler Konrad Adenauer, maßgeblich mitbegründet hatte. Werhahn kündigte an, er werde sich im Bundestag für eine Reform der Demokratie, für ein neues Europa der Bürger und für Alternativen zur Euro-Rettungsschirmpolitik einsetzen. DAPD

Unzufriedene Eltern

Berlin – Der Ausbau von Kita-Plätzen bleibt vor allem in den westdeutschen Bundesländern deutlich hinter den Wünschen der Eltern zurück. Zu diesem Ergebnis kommt nach Informationen des Magazins *Spiegel* eine Studie des Deutschen Jugendinstituts. Dafür wurden Eltern von unter drei Jahre alten Kindern befragt. Am schlechtesten schneidet Bremen ab. Dort bekommen 21,8 Prozent der Familien, die eine Betreuung wünschen, keinen Kita-Platz. Kaum besser ist die Lage in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Spitzenreiter in Westdeutschland ist Bayern. Dort beträgt die Differenz zwischen Betreuungswunsch und Betreuungsquote lediglich 10,8 Prozent. In Ostdeutschland schneidet Mecklenburg-Vorpommern am schlechtesten ab. Dort ist Sozialministerin Manuela Schwesig für den Kita-Ausbau verantwortlich, sie ist auch stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. sz

So viele Kita-Plätze fehlen



SZ-Grafik; Quelle: Deutsches Jugendinstitut

Extremisten im Untergrund

Berlin – Ein Jahr nach der Enttarnung der Terrorgruppe NSU fehlt von zahlreichen gefährlichen Rechtsextremisten in Deutschland noch jede Spur. „Das Bundeskriminalamt geht mit Stand von Mitte September von zuletzt 110 mit offenen Haftbefehlen untergetauchten Rechtsextremisten aus“, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) der *Welt am Sonntag*. Er warnte vor „fließenden Übergängen zu gewalttätigen und terroristischen Strömungen“ im rechtsextremistischen Milieu. Die Demokratie brauche deshalb einen „starken Verfassungsschutz“. Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (SPD), kommentierte: „Wir haben noch mehrere tickende Zeitbomben im Land herumlaufen.“ DAPD

Für Alkoholverbot in Zügen

Nürnberg – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern einen bundesweiten Stopp des Alkoholkonsums im öffentlichen Nahverkehr und in Bahnhöfen. Die Deutsche Bahn hatte am Freitagabend ein Alkoholverbot auf dem Nürnberger Hauptbahnhof verhängt. Alkohol sei der Gewaltbeschleuniger Nummer eins, sagte GdP-Chef Bernhard Witthaut in der *Neuen Osnabrücker Zeitung*: „Und deshalb brauchen wir ein Verbot im gesamten öffentlichen Personennahverkehr.“ Je höher die Promillezahl sei, desto höher sei das Risiko einer Gewaltattacke. Dies zeige die Erfahrung der Polizei. EPD

Der Rede-Bahr

Für seine Pflegereform hat der Gesundheitsminister viel Kritik einstecken müssen. Jetzt tourt er durch Deutschland, um sie den betroffenen Menschen zu erklären. Ein Besuch in München

VON NINA VON HARDENBERG

München – Einen Moment lang könnte man ihn für einen Schwiegersohn auf Elternbesuch halten. Sehr anständig sieht der Minister aus, wie er da in seinem blauen Anzug zu weißem Hemd und Krawatte vor der Eingangstür eines Mehrparteienhauses steht, in der Hand einen Strauß rote Dahlien, den Körper unter Spannung, als gelte es gerade jetzt, einen besonders guten Eindruck zu machen. Und um den guten Eindruck geht es ihm ja auch. Nicht nur für sich als Person – der Minister will, dass seine Pflegereform in den Köpfen der Menschen einen guten Eindruck hinterlässt.

„Guten Tag, ich bin Daniel Bahr“, sagt er beim Eintreten und streckt Gertrud Ladurner und ihrer Tochter die Hand entgegen, den Arm weit durchgedrückt wie eine Angel. Er überreicht der 87-jährigen Gastgeberin die Blumen, nur um sogleich zu fragen, ob er ihr helfen kann, sie in die Vase zu stellen.

Auf Netzwerke aus Pflegediensten, Physiotherapeuten und Ärzten kommt es künftig an, sagt Bahr

Es ist ein Herbstnachmittag in München. Gesundheitsminister Daniel Bahr ist unterwegs auf Werbe-Tour für seine Pflegereform. Die Pflege war eines der undankbaren Themen, die Bahr von seinem Vorgänger Philipp Rösler geerbt hatte. Rösler hatte bereits 2011 vollmundig zum Jahr der Pflege ausgerufen und damit in der Branche große Hoffnungen geweckt. Passiert ist dann lange wenig. Erst in diesem Jahr brachte sein Nachfolger Bahr ein Gesetz auf den Weg, das am 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Doch den erhofften Applaus hat auch Bahr dafür bislang nicht geerntet. Denn zwar verbessert das Gesetz die Lage der Pflegebedürftigen an vielen kleinen Stellen: Es erhöht die Bezüge von Demenzkranken, fördert Alten-WGs und setzt mit dem Pflege-Bahr Anreize, sich privat für den Pflegefall abzusichern. Den großen Systemwechsel hin zu einem gerechteren Pflegesystem, wie ihn Experten seit Jahren fordern, hat aber auch Bahr nicht geschafft.

Das Gesetz sei viel „Lärm um nichts“, unken darum Oppositionspolitiker in Berlin. Die aber sind jetzt weit weg. Daniel Bahr ist bei den Menschen, die sein Gesetz wirklich betrifft. Sie will er überzeugen, dass auch die kleinen Gesetzesänderungen große Verbesserungen im Alltag bewirken.

Die Menschen – das sind in diesem Fall Gertrud Ladurner, ihre Tochter sowie ihr Arzt und ihre Physiotherapeutin. Daniel Bahr steht mit ihnen im engen Wohnzimmer, nimmt zuerst einen Fotokalender von der Wand und lässt sich in Seelenruhe die Bilder erklären. Das kommt gut an. Gertrud Ladurner erträgt dafür brav den Fotografen, der sein Blitzlicht unerbittlich auf den Minister und seine Gesprächspartnerin hält.

Kaum jemand ist bisher mit der Reform des Gesundheitsministeriums zufrieden – nicht die Opposition, nicht de Experten und auch nicht die Beschäftigten der Pflegebranche, hier während einer Demonstration in Dresden. FOTO: MATTHIAS HIEKEL/PA

„Pflege – darum kümmern wir uns“ lautet das Motto der PR-Reise, die den Minister schon quer durch Deutschland in die WG-Küchen von Demenz-Patienten, in altersgerechte Wohnungen und Pflegeheime geführt hat. Und dass er sich kümmern will, ist genau das Signal, das Bahr allen Beteiligten bei diesem Auftritt geben will.

Gertrud Ladurner fungiert in der Kampagne als Vorzeige-Patientin. Nach einer Bandscheiben-Operation im Sommer konnte die alte Dame zunächst keine drei Schritte mehr ohne Hilfe gehen und kam allein im Haushalt nicht mehr zurecht. Bei vielen alten Menschen führen solche Krankheitsverläufe dazu, dass sie über kurz oder lang in ein Pflegeheim umziehen müssen. Gertrud Ladurner aber kann gut ein viertel Jahr nach der OP wieder laufen. Selbst den Gehwagen hat sie aus der Wohnung verbannt, nutzt ihn nur noch für längere Spazierwege. Solche Erfolge passieren selten von alleine, das weiß auch der Minister. Mit seinem Besuch ehrt er deshalb nicht nur die Patientin, sondern auch ein Netzwerk aus Hausärzten, Physiotherapeuten und Pflegediensten, die unter dem Namen Ikarus im Norden von München eine ungewöhnliche Kooperation eingegangen sind. Zusammen wollen sie erreichen, dass auch die alten und gebrechlichen Patienten in ihrem Viertel möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung wohnen bleiben können. Sie treffen sich dafür zu Fallgesprächen und diskutieren die richtige Therapie. Der Austausch zwischen den Fachrichtungen – im Krankenhaus eine Selbstverständlichkeit – ist zwischen niedergelassenen Diensten immer noch eine kleine Sensation. Normalerweise muss sich ein Patient, wenn er etwa einen Schlaganfall erlitten hat, von Physiotherapie bis zur Logopädie alles selbst organisieren. Bei Ikarus aber kennen sich die Akteure. Klagt die Patientin also bei der Pflegerin über Schmerzen, ruft die schnell den Arzt dazu, bei komplizierten Krankheiten treffen sich alle schon mal spontan am Bett der Patientin.

Auf solche Netzwerke wird es künftig ankommen, sagt der Minister. Er hat jetzt auf dem Plüschsofa der alten Dame Platz genommen und hört sich die Krankengeschichte an. Er unterbricht nur selten, dann aber, um die Vorzüge des neuen Pflegegesetzes ins Gespräch zu bringen. Wie die Entlassung aus der Klinik funktioniert habe, will er etwa wissen, nur um einfließen zu lassen, dass Kliniken neuerdings verpflichtet sind, sich auch um die Nachsorge der Patienten nach deren Heimkehr zu kümmern. Später lobt er die Physiotherapeutin für ihren Behandlungserfolg und lässt die Anwesenden wissen, dass die Kassen künftig bei jedem Pflegebedürftigen prüfen müssen, ob ihm nicht durch eine Reha geholfen werden könne.

Zum Schluss wendet er sich wieder der Patientin zu: „Na, um Sie müssen wir uns dann ja keine Sorge machen. Sie sind hier gut aufgehoben.“ Gertrud Ladurner stimmt ihm fröhlich zu. Alte Menschen für sich gewinnen, das kann Daniel Bahr, so viel wird bei diesem Besuch klar. Im politischen Alltag in Berlin fällt die Überzeugungsarbeit nicht immer so leicht.

Röslers Widerstand

Der FDP-Chef wendet sich erneut gegen das Betreuungsgeld

Berlin – Trotz dringender Appelle der Union für mehr schwarz-gelbe Einigkeit geht die FDP offen auf Konfrontationskurs zum Koalitionspartner. Parteichef und Vizekanzler Philipp Rösler lehnte am Wochenende zentrale Vorhaben von CDU und CSU als zu teuer ab – ob Betreuungsgeld, Rente oder Großelternzeit. „Das Modell der Union für ein Betreuungsgeld kostet viel Geld, ist nicht gegenfinanziert, und eine Bildungskomponente fehlt völlig. Daran muss gearbeitet werden, wenn es überhaupt kommen soll“, kritisierte der Bundeswirtschaftsminister in der *Bild am Sonntag*. Zur Begründung verwies Rösler auf die angespannte Haushaltslage und das geringere Wachstum. Gerade deshalb müsse jetzt alles getan werden, um Wirtschaft und Arbeitsplätze zu stärken. „Das heißt: solide Haushalte“, betonte der FDP-Vorsitzende.

Dabei hatte Unions-Fraktionschef Volker Kauder die Freien Demokraten gerade erst zu mehr Disziplin ermahnt. Wenn beide Parteien auch in den nächsten Jahren weiter regieren wollten, müssten die Reibereien und internen Diskussionen aufhören, forderte Kauder am Samstag auf dem CSU-Parteitag in München. „Die Außendarstellung der Koalition muss besser werden,“ fügte er hinzu. Ebenso wie Kanzlerin Angela Merkel sagte Kauder der CSU klare Unterstützung bei der Einführung eines Betreuungsgelds zu – für Eltern, die ihre Kleinkinder zuhause betreuen. Beim Koalitionsgipfel Anfang November müssten dieser Punkt und weitere Streitfragen mit der FDP endlich gelöst werden. Auch CSU-Chef Horst Seehofer warnte die FDP, von Vereinbarungen abzurücken.

Als schädlich lehnte Rösler auch die von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geplante Zuschussrente ab. Dabei handele es sich um eine „Einheitsrente“ zulasten der Rentenkassen. „Die Menschen wollen weder eine Umverteilung ihrer Rentenbeiträge noch deren Anstieg“, zeigte sich der FDP-Vorsitzende überzeugt. Ferner wandte sich Rösler gegen Forderungen aus der Union, die Visafreiheit für Serbien und Mazedonien auszusetzen. Er bekräftigte zudem die FDP-Forderung nach einer Abschaffung der Praxisgebühr und machte Druck für eine Senkung der Stromsteuer. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Union sei „reine Planwirtschaft“. Nötig sei „mehr soziale Marktwirtschaft“.

Nach Röslers Worten muss es beim Treffen der Koalitionsspitzen Anfang November vor allem um Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau gehen. „Jetzt ist die Zeit für die entscheidende Wende gekommen – weg von neuen Schulden, weg von nicht zu finanzierenden Wohltaten, keine neuen Steuern.“ Trotz schlechter Umfragewerte und Kritik aus den eigenen Reihen will Rösler sein Amt vor der Bundestagswahl nicht abgeben. „Die FDP hat 2012 schon mehrfach gezeigt, dass mit guter Politik, mit einem glaubwürdigen personellen Angebot Wahlen zu gewinnen sind“, sagte er. DPA, KNA

Unter Verehrern

Helmut Kohls Auftritt bei der CDU in Mainz ist für Parteichefin Klöckner ein Glücksfall

Mainz – Was für eine seltsame Mischung. Auf der Bühne der riesigen Rheingoldhalle in Mainz sitzen 80 junge CDU-Nachwuchskräfte herum, als frischer Hintergrund für die Kameras, wie man es allenfalls von US-Parteitagen kennt. Aus den Boxen ertönen die Toten Hosen, alles andere als eine konservative Band, mit „Tage wie diese“. Und hereingeschoben wird Helmut Kohl, 82, der Kanzler der Einheit, wie ihn hier alle nennen. Die Leute jubeln stehend, als sich Vergangenheit und Zukunft begegnen.

Helmut Kohl wurde oft geehrt in den vergangenen Wochen, in Bonn und Berlin, aber das hier auf dem Jubiläumsparteitag ist etwas anderes. Das hier ist seine Heimat, sein CDU-Landesverband in Rheinland-Pfalz, wo er vor 65 Jahren als eines der Gründungsmitglieder eintrat, wo er sieben Jahre lang regierte, das Land modernisierte, um dann aufzubrechen gen Bonn. Hier ist er unter Freunden. Unter Verehrern. Zwar ist auch Heiner Geißler da, der ihn einst stürzen wollte und ihn das „Erzübel“ der CDU nannte, aber Geißler ist plötzlich verschwunden, als Kohl sein Grußwort beginnt.

Zehn Minuten spricht der alte Mann im Rollstuhl, frei, ohne Manuskript, und es wirkt, als falle ihm das Reden hier in seiner Heimat leichter als in Berlin. Man muss sich natürlich immer noch konzentrieren, um seine Worte zu verstehen und schafft es doch nicht immer; seit einem Sturz vor einigen Jahren ist er stark eingeschränkt. Aber man versteht seine Botschaft. Viele, sagt er, seien hergekommen, um zu sehen, wie es dem Kohl gehe. „Der Kohl ist da, er ist mit Ihnen da und wird auch bleiben“, sagt Kohl.

Dann spricht er von einem „besonderen Glücksgefühl“, denn seine Frau Maike sei mit ihm hergekommen, „ihr alleine verdanke ich die letzten Jahre“. Sie habe rund um die Uhr getan, was eine Frau tun könne. Es ist die öffentliche Verteidigungsrede für eine Frau, der frühere Kohl-Vertraute öffentlich vorwerfen, sie schotte ihren Mann ab; darüber war in der Presse einiges zu lesen in den vergangenen Monaten. „Nicht jeder Schreiber hat auch eine Ahnung, wovon er berichtet“, sagt Kohl jetzt. Als die Leute klatschen, bedankt sich der 82-Jährige für den Applaus, „der Maike gilt“.

Wie gut ihm dieser Tag tut, wie gut es ihm tut, mal wieder unter Parteifreunden zu sein und hofiert zu werden, sieht man an Kohls Lob für alles und jeden. Er klatscht als erster beim wenig inspirierten Video-Grußwort von Angela Merkel, noch bevor es zu Ende ist. Er lobt den jungen CDU-Nachwuchs auf der Bühne, der zeige: „Wir sind nicht im Abgang, wir bleiben.“ Nur die Toten Hosen lobt er nicht.

Alle wollen den Mann im Rollstuhl fotografieren. „Wie im Zoo“, sagt einer

Draußen, im Foyer, haben sie eine kleine Sitzgruppe vor der Glasfront zum Rhein aufgebaut und abgesperrt. Hier sitzt der Altkanzler noch lange nach seiner Ansprache, hier hält er Hof. Julia Klöckner führt die Gäste zu ihm, sogar den Pressesprecher der Grünen im Land, und Kohl nickt freundlich, reicht allen seine Hand, die kühl ist, wie bei vielen alten Menschen. Hinterm roten Absperrband stehen die CDU-Delegierten und fotografieren den großen Mann im Rollstuhl. „Das hat jetzt doch ein bisschen was von Zoo“, sagt ein Pressefotograf. Aber Kohl scheint es nicht zu stören. Er fragt Klöckner, wann denn der nächste Parteitag sei.

Für Julia Klöckner, die von den Delegierten mit gut 97 Prozent als Landeschefin bestätigt wird, ist der Auftritt des Altkanzlers ein Glücksfall. Weil er bewegende Momente liefert, prächtige Bilder. Besonders aber, weil Kohl der 39-Jährigen auf offener Bühne bescheinigt, „ein Glücksfall“ für die Partei zu sein. Weil er sagt, die Landes-CDU habe „wieder eine tatkräftige Parteivorsitzende, das war nicht immer so“.

Wenn man ehrlich ist, waren die vergangenen 21 Jahre sogar ziemlich düster für die rheinland-pfälzische CDU. Seit 21 Jahren schmort sie in der Opposition, und einen wesentlichen Teil dieser Zeit verbrachte sie mit Intrigen und internem Zank. Brillante Köpfe, wie Kohl sie einst im Kabinett versammelte, wurden so abgeschreckt. Der frühere Landeschef Christoph Böhr ist seit kurzem wegen Untreue angeklagt.

Kein Wunder, dass Klöckner verkündet, sie wolle an die ganz alten Zeiten anschließen, an die von Kohl und Bernhard Vogel, der nach 24 Jahren wieder mal zu Gast war. Zum ersten Mal, seitdem er weggeputscht wurde und sich mit den Worten „Gott schütze Rheinland-Pfalz“ verabschiedete. Er lächelt mild. Und sagt: „Wunden heilen, aber Narben bleiben.“ MARC WIDMANN

Parteichefin Julia Klöckner will an die ganz alten Zeiten in Mainz anknüpfen; die Zeit, die Helmut Kohl verkörpert – als die CDU im Land noch regierte. FOTO: TORSTEN SILZ/DAPD

Kritik und Gegenkritik

Union verteidigt Schockenhoff gegen Vorwürfe aus Moskau

Berlin – Angriffe des Außenministeriums in Moskau auf den deutschen Russland-Beauftragten Andreas Schockenhoff haben im Bundestag für Empörung gesorgt. „Das russische Außenministerium bestätigt durch diese Reaktion, dass die Kritik berechtigt ist, die Herr Schockenhoff an verschieden Entwicklungen in Russland geäußert hat“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU), am Sonntag. Das russische Außenministerium hatte dem Vize-Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag und Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit „verleumderische Äußerungen“ vorgeworfen und klargestellt, er werde nicht mehr als Ansprechpartner akzeptiert. Hintergrund ist ein Entwurf Schockenhoffs für einen kremlkritischen Entschließungsantrag sowie seine Äußerungen zur russischen Syrien-Politik.

Polenz stellte klar, dass ein Boykott Schockenhoffs nicht hingenommen werden dürfe. „Die russische Seite muss schon akzeptieren, dass die deutsche Seite ihre Personalentscheidung selber trifft“, sagte er. Allerdings habe Deutschland ein Interesse daran, dass der Koordinator in Russland auch Gehör finde. „Es muss ein Weg gefunden werden, wie die russische Seite von dieser völlig überzogenen Position herunter kommt“, sagte er. „Ich erwarte vom Auswärtigen Amt, dass es jetzt auf eine Klärung drängt und sich nicht durch eine gereizte Behauptung der russischen Seite einschüchtern lässt“, fügte er hinzu. „Ich bin gespannt, ob sich die Regierung vor Schockenhoff stellt oder abtaucht“, sagte die Osteuropa-Expertin der Grünen im Bundestag, Marieluise Beck. Ein Sprecher von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hatte am Freitag lediglich erklärt: „Herr Schockenhoff ist Koordinator für die deutsche-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit. Daran hat sich nichts geändert.“

Schockenhoff hatte Repressionen gegen Kritiker, Oppositionelle und Demonstranten moniert. Die Reaktion des russischen Außenministeriums zeige nun, „dass man Kritik nicht akzeptiert“, sagte Polenz. „Wir sind an sich gut entwickelnden Beziehungen mit Russland interessiert. Das gilt in besonderer Weise für Andreas Schockenhoff“, betonte er. Der Ravensburger CDU-Parlamentarier Schockenhoff ist seit 2006 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit. Gegenüber Moskau hat der Außen- und Sicherheitspolitiker auch in der Vergangenheit kritische Töne angeschlagen, war dabei aber immer auch um Ausgleich bemüht.

Schockenhoffs in jüngster Zeit verschärfte Position steht im Zusammenhang mit der innenpolitischen Lage in Russland. Seit der Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidentenamt im Mai geht die Führung verstärkt gegen regierungsunabhängige Gruppen vor. Das Demonstrationsgesetz

Andreas Schockenhoff, 55, hat sich schon öfter kritisch über die russische Rechtsstaatlichkeit geäußert. Die Führung in Moskau nennt diese Ausführungen „verleumderisch“. FOTO: DPA

wurde verschärft. Nicht-Regierungsorganisationen mit nicht-russischen Geldgebern müssen sich überdies als „ausländische Agenten“ deklarieren. Für internationales Aufsehen sorgte ein Prozess gegen Aktivistinnen der Gruppe Pussy Riot, die bei einer „Punk-Andacht“ in der Christi-Erlöser-Kathedrale Putin kritisiert hatten. Im von Schockenhoff vorbereiteten Entschließungsantrag werden die Urteile zu zwei Jahren Lagerhaft wegen Rowdytums und Aufstachelung zum religiösen Hass als „unverhältnismäßig hart“ kritisiert.

Der Arbeitsgruppe Außenpolitik der Unionsfraktion will am Dienstag über den Entwurf beraten. In den vergangenen Wochen hatte es unter den Außenpolitikern der Fraktion Auseinandersetzungen um das Papier gegeben. Nach einem internen Gespräch am Freitag gilt als wahrscheinlich, dass der Antrag noch vor den Regierungskonsultationen Mitte November in Moskau eingebracht wird. Bei dem Entschließungsantrag geht es um Rechtsstaatlichkeit in Russland, im Kern aber auch um die Zukunft der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft. Die russische Führung verfolge derzeit ein „anderes Modernisierungskonzept“, heißt es im Entwurf. DANIEL BRÖSSLER › Seite 4